

Positionspapier zur anstehend Agrarreform

EU Agrarpolitik – Jetzt wird die Richtung neu bestimmt *Die ländlichen Räume sind weder Freilichtmuseum noch Industriegebiet*

Die Diskussion um die neue Agrarreform bietet uns die Chance einer neuen gesellschaftlichen Debatte über Ziele und Neuorientierung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik.

Nur mit einem breiten gesellschaftlichen Konsens über das Leitbild der neuen Agrarpolitik, sind die Bürger in Europa auch in der Zukunft bereit, eine Agrarpolitik zu stützen, die ihnen hochwertige und gesunde Lebensmittel sichert.

Die bisherige Agrarpolitik hat viele Probleme nicht gelöst. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft geht ungebremst voran. Täglich geben Bauern ihre Höfe auf, in Bergregionen gelingt es unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen immer weniger Bauern noch ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Zeitgleich wird die Landwirtschaft in Gunstregionen immer intensiver, dort entstehen Agrarwüsten. Verbraucher erfahren vor dem Supermarktregal nicht, wer ihre Lebensmittel mit welchen Kriterien hergestellt hat.

Hoffnung geben unzählige Projekte, die sich auf regionale Besonderheiten, lokale Verarbeitung und die Werbung mit der Region beziehen sowie Initiativen, die wieder Vielfalt auf die Felder bringen und innovative Vermarktungsansätze wie die Faire Milch.

Die Leitfrage für die anstehende Agrarreform lautet: Welche Agrarpolitik gewährleistet eine nachhaltige, faire und regional angepasste Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze sichert, klimafreundlich wirtschaftet und die vielfältigen Kulturlandschaften mit Leben erfüllt?

Forderung für eine zukünftige Landwirtschaft nach 2014:

1. Genug für alle als Leitbild der Agrarkultur

Die europäische Landwirtschaft scheint so produktiv zu sein wie nie zuvor. Unser Ernährungsmodell leistet es sich, ein Drittel der erzeugten Lebensmittel in den Abfall wandern zu lassen. Denn die Grundlagen unserer Nahrungsmittelproduktion sind alles andere als nachhaltig. Unsere Lebensmittelerzeugung nutzt weit mehr Flächen als die europäischen Wiesen und Felder: Unser Tierfutter kommt aus dem Amazonas, Öl aus dem Golf von Guinea und Reis aus Asien. Anstatt sorgsam mit unseren Ressourcen umzugehen, nutzen wir den Boden und Wasser als wären sie unerschöpflich.

Über Jahrzehnte hinweg haben sich viele Landwirte in Europa für einen Wachstumsschritt nach dem anderen entschieden, um ihre Betriebe zu erhalten und im Wettbewerb mithalten zu können. Der Markt für Europas Landwirte ist aber nicht der anonyme Weltmarkt sondern der lokal oder regionale Markt. Dort finden lokale Verarbeiter und Bauern bessere Preise und können direkt auf Verbraucherwünsche reagieren.

Wir stehen für eine Lebensmittelpolitik mit einer vielfältigen Esskultur. Statt globalem Einheitsbrei setzen wir auf kurze Wege und lokale Märkte und Verarbeitung in der Lebensmittelerzeugung. Grundlage für

die Erzeugung ist das naturnahe Wirtschaften, mit kurzen Wegen und mit einer tiergerechten Haltung der Nutztiere.

2. Fairness innerhalb Europas Landwirtschaft

Heute bekommen jene Unternehmen in der Landwirtschaft am meisten finanzielle Unterstützung, die die größten Flächen bewirtschaften. Das ist aus ökonomischer Sicht nicht zu rechtfertigen, denn umso größer die Betriebe sind, umso mehr sinken die Produktionskosten. Die Hälfte der Bauern in Europa erhält weniger als 500 Euro Subventionen im Jahr. Selbst in den USA gibt es Obergrenzen für die Förderung. Kein Betrieb erhält dort mehr als 40.000 Dollar im Jahr, zusätzlich gibt es Obergrenzen für das Gesamteinkommen. Konzerne, ob aus dem Lebensmittel- oder Energiesektor, bekommen dort also keine Mittel der Steuerzahler für die Bewirtschaftung von Flächen.

Wir werden in Zukunft sowohl bei der Verteilung zwischen den Betrieben als auch mehr Gerechtigkeit zwischen den neuen und alten Mitgliedstaaten schaffen müssen. Mehr Geld für die neuen Mitgliedstaaten bedeutet aber nicht automatisch eine bessere Agrar- und Ernährungspolitik. Die Verhandlungen mit Regierungen müssen deshalb die breitere Zivilgesellschaft in die Reformbemühungen mit einbeziehen.

3. Anreize schaffen und klare Kriterien für die Förderung

Nach 2013 muss es eine Kehrtwende im jetzigen Fördersystem geben. Die Agrarpolitik nach 2013 wird neu definieren, was die Ausnahme und was die Regel ist. Heute bekommt die industrielle Landwirtschaft die meisten Subventionen, und die Kosten von Wasserschmutzung, Verlust an Biologischer Vielfalt und der Ausstoß an Treibhausgasen müssen von der Gesellschaft als ganzes getragen werden.

Das bisherige System beruht auf einer Grundprämie mit Bonuszuschlägen für die Umweltleistungen (Ökopremien).

In Zukunft sollte die EU einen ökologisch-nachhaltigen Standard mit den höchsten Ansprüchen festlegen. Gefördert wird die Ökologische Landwirtschaft und andere nachhaltige Produktionsweisen, die Wasserressourcen schonen, die Bodenfruchtbarkeit verbessern, tierfreundliche Haltungssysteme fördern. 100 Prozent erhalten die Betriebe, die allen ökologisch-gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Nach einem Staffelsystem werden die Abschläge vorgenommen. Der Betrieb, der lediglich bestehende gesetzliche Normen einhält und keine Zusatzleistungen erbringt, geht langfristig leer aus. Betriebe mit einer vielfältigen Fruchtfolge, mit seltenen Nutztierassen, mit vielen Landschaftselementen, mit kurzen Wegen bei der Vermarktung hingegen bekommen Anreize für ihre nachhaltige Produktion und somit die meiste Förderung.

4. Klimafreundliche Landwirtschaft

Die derzeitige Landnutzung und Lebensmittelerzeugung trägt zum Klimawandel bei. Zerstörung von Regenwäldern, Umwandlung von Grünland in Ackerland und energieintensiver Düngemittelseinsatz sowie aufwändige Lebensmittelverarbeitung verbrauchen Böden, Wasser und biologische Vielfalt. ohne sie zu regenerieren.

Neben einem Ausbau des Ökolandbaus brauchen wir gerade im herkömmlichen Anbau eine Neuorientierung für eine klimafreundliche Landwirtschaft. Eine Reduktion des Energieaufwands bei der Erzeugung, Transport, der Verarbeitung und Vermarktung haben die höchste Priorität. Hier muss die Agrarpolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Förderung einer klimafreundlichen Landwirtschaft mit kurzen Transportwegen, regionaler Vermarktung und geringem Einsatz fossiler Energieträger muss im Mittelpunkt der neuen Agrarpolitik stehen.

Vor allem die konventionelle Landwirtschaft muss in die Klimaziele der EU eingebunden werden. Landwirtschaftliche Produktionsweisen sind auf ihren Ausstoß an Treibhausgasen zu überprüfen. Die Menge des Stickstoffs (Lachgas) muss deutlich reduziert werden und langfristig sind landwirtschaftliche Reststoffe (Gülle, Mist, Erntereste) dezentral als Biogas zu nutzen. Die EU muss ihren Import von pflanzlichem Eiweiß in Form von Soja reduzieren und dafür sorgen, dass zunehmend wieder Ackerbohnen und Erbsen als Eiweißfutter in der EU produziert werden.

5. Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen muss eine Grundlage zukünftiger Zahlungen sein

Noch sichert die Land- und Ernährungswirtschaft in Europa 17 Prozent aller Arbeitsplätze. Hinzu kommen Vermarkter und Handwerker als Kunden und Dienstleister für die Höfe. Bei der aktuellen Förderpolitik spielt die Anzahl der Arbeitsplätze keine Rolle. So erstaunt es nicht, dass in Deutschland in den letzten Jahren 150.000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gegangen sind. In Zukunft sollten Arbeitsplätze als Kriterium bei der Förderung berücksichtigt werden. Grundlage soll die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte und landwirtschaftliche Vergleichszahlen zur Arbeitserledigung sein.

6. Europäische Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben

Die Verbraucher haben EU-weit deutlich gemacht, dass sie keine Gentechnik im Essen wollen und dem müssen alle Landwirte Rechnung tragen. Mehrere Skandale (wie illegaler Reis aus den US und China in europäischen Supermärkten) in den letzten Jahren haben gezeigt, dass sich die Verunreinigung der Lebensmittelkette selbst über Ozeane hinweg erstrecken.

Die Kosten dafür tragen jedoch nicht jene internationalen Konzerne, die sich Vorteile von der Gentechnik versprechen, sondern alle Bürger. Die Anwendung gentechnisch veränderter Organismen bedroht die alten angepassten Agrarsysteme und birgt große Umwelt- und Verbraucherrisiken.

Wir setzen uns für eine gentechnikfreie Qualität ein, ob auf dem Teller oder im Futtertrog. Ein Kernmerkmal des europäischen Agrarmodells der Zukunft muss der Verzicht auf Agrogentechnik sein.

7. Märkte für Bürger statt für die Industrie

Als größter Binnenmarkt der Welt und großer Exporteur von Nahrungsmitteln kommt der EU-Ernährungs- und Agrarpolitik eine besondere Verantwortung zu. Wir gestalten mit der EU-Politik nicht nur das Angebot für Verbraucher hier und setzen Rahmenbedingungen für die Marktakteure. Mit unserer Nachfrage beeinflussen wir auch die Produktionsbedingungen in anderen Regionen der Welt. Dafür benötigen wir klare Regeln für die Agrarmärkte, die demokratischen Willen widerspiegeln und nicht einseitig die Interessen der Industrie begünstigen. Die direkten Verbindungen zwischen Bauern und Verbrauchern müssen gestärkt werden, damit die Bürger essen können, was sie möchten und nicht länger das, was ihnen die Nahrungsmittelindustrie gerne verkaufen möchte.

Auch die Landwirte erwarten zu Recht, dass sie ein faires Einkommen über den Verkauf ihrer Ernten und der Honorierung der gesellschaftlichen Leistungen, die sie im Rahmen des Europäischen Agrarmodells erbringen, erzielen. Momentan sichert die Marktpolitik keine ausreichenden Einkommen für Bauern, in der Mehrheit der Mitgliedstaaten liegt das bäuerliche Einkommen bei der Hälfte des nationalen Durchschnittseinkommens.

Wir Grünen stehen für eine direkte Kommunikation zwischen einer halbe Milliarde Verbraucher und einer Millionen Bauern in Europa. Wir stehen für eine Preispolitik, die Erzeugern in Europa und in Entwicklungsländern faire Einkommen sichert und zu gerechten Konsumentenpreisen führt. Dafür brauchen wir eine neue Marktpolitik, die die Produktketten demokratisiert.

8. Gerechter Handel und Qualifizierter Marktzugang

Das heutige Agrarhandelssystem bevorzugt einseitig transnationale Unternehmen im Handel, in der Verarbeitung und Vermarktung. Eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels hilft nicht den Ärmsten in den Entwicklungsländern sondern vor allem der Agrarindustrie - ob aus Brasilien, Thailand, den USA oder Europa. Da die meisten Agrargüter in den Wirtschaftsräumen konsumiert werden, in denen sie erzeugt werden, stehen wir für ein Umdenken in der EU-Ernährungs- und Marktpolitik.

Gezielte Marktöffnung durch den qualifizierten Außenschutz und eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt bei einzelnen sensiblen Produkten sind hier wichtige Ansätze.

Die europäische Landwirtschaft sollte sich auf den Bedarf der EU ausrichten und nicht handelsverzerrend auf den Weltmärkten agieren. Die EU muss zur Lösung der Welternährungskrise beitragen, indem sie das Prinzip der Ernährungssouveränität für alle Länder anerkennt. Die auf fossiler Energie und erheblichen Einsatz von Chemie ausgerichtete Agrarpolitik der Industriestaaten ist kein Modell für die ganze Welt.

9. Mehr Markt - zu fairen Bedingungen

Erklärtes Ziel der EU-Kommission war es in den vergangenen Jahren, die Agrarmärkte zu öffnen. Angepriesen wurde darüber hinaus die Deregulierung der politischen Rahmenbedingungen. Mit der Entkopplung der Direktzahlungen sollten Landwirte dazu gebracht werden, stärker auf Marktsignale zu reagieren. Der Beschluss die Milchquoten auslaufen zu lassen ist ein Beispiel für diese Politik.

Agrarmärkte sind an natürliche Gegebenheiten gebunden. Die sehr unterschiedlichen Bedingungen, lassen sich aber nicht in ein einheitliches Muster pressen. Eine Politik mit Augenmerk auf die globalen Märkte - auf denen gerade mal 5 bis 8 Prozent der weltweiten Produktionsmenge gehandelt werden - überlässt die zentrale Aufgabe einer regionalen Versorgung der Menschen einer zunehmend marktmächtigen Ernährungsindustrie. Eine Marktstabilisierung wird auch in Zukunft eine staatliche Rahmenregelung notwendig machen. Die strukturelle Schwäche der Bauern bei Preisverhandlungen muss von der Politik ausgeglichen werden. Für den Milchmarkt verspricht eine Regelung, die Angebot und Nachfrage durch die Erzeuger selbst flexibel anpasst, mehr Gerechtigkeit.

10. Für ein Europa der Regionen

Der Landwirtschaft in den benachteiligten Regionen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu, denn die landwirtschaftlichen Betriebe sichern dort auch zahlreiche Arbeitsplätze in anderen Branchen wie im Tourismus und im Handwerk. Die Biodiversität ist in solchen Regionen besonders hoch, weil die kleinbäuerliche Landwirtschaft angepasst ist an die Gegebenheiten und damit die Natur und der Artenschutz gestärkt werden.

Eine Förderung der Landwirtschaft in den benachteiligten Regionen muss EU-weit als Kernaufgabe betrachtet werden und darf künftig nicht von der Kofinanzierung der Mitgliedstaaten abhängig sein.

Die Europäische Landwirtschaft ist äußerst vielfältig und bewahrt kulturelle Tradition im Europäischen Raum. Damit dies so bleibt, müssen regionale Produkte durch eine besondere Marktstellung, Kennzeichnung und Förderung unterstützt werden. Dies dient dem Klimaschutz genauso wie es Tendenzen zur Landflucht entgegenwirkt.